RESOLUTION DER

Fachtagung 50 Jahre Psychiatrie-Enquête zum aktuellen Handlungsdruck

Fachtagung 50 Jahre Psychiatrie-Enquête 2.–3. Juni 2025 in Leipzig

Die Fachtagung 50 Jahre Psychiatrie-Enquête wird von 14 Verbänden getragen und ist auf ein überwältigendes Interesse gestoßen. Sie findet am 2. und 3. Juni 2025 in einer besonders angespannten Situation statt, die von zunehmenden prekären Lebensbedingungen langfristig psychisch erkrankter Menschen und von spektakulären Taten bzw. deren Berichterstattung geprägt ist. Das Gefühl der Bedrohung nimmt zu, der Handlungsdruck auf Gesundheits-, Sozial-, Innen- und Justizpolitik wächst. Vor diesem Hintergrund plädieren wir für eine nüchterne faktenbezogene Analyse und energische Reform-Maßnahmen.

Nüchterne Analyse:

- Schwere Gewalttaten von psychisch erkrankten Menschen haben nicht zugenommen (wissenschaftlich belegt).
- Zugenommen hat die Berichterstattung, insbesondere auch in den sozialen Medien.
- Sicher ist, dass psychisch erkrankte Menschen deutlich häufiger Opfer als Täter werden – im öffentlichen Raum und durch Retraumatisierung bei Zwangsmaßnahmen.
- Vermutlich im Unterschied zu anderen Straftaten gilt: Gerade bei Menschen mit einer Psychose kann eine akute existentielle Notlage die Entwicklung zu einer schweren Straftat begünstigen.
- Das statistisch erhöhte Täter-Risiko bezieht sich bisher vor allem auf das nahe Umfeld.

Existenzielle Bedrohung geschieht auch durch prekäre Lebensbedingungen, durch die krisenhafte Entwicklung der Welt, die zunehmende Spaltung der Gesellschaft und erst recht durch Obdachlosigkeit. Diese hat bei psychisch erkrankten Menschen dramatisch zugenommen. Die eigene Wohnung, das eigene Zimmer, unser Zuhause ist unsere zweite Haut, unser Schutzraum. In einer Psychose den Blicken aller ausgesetzt zu sein, sich nicht mehr abgrenzen zu können, kann Angst und Panik triggern, macht die Paranoia zu Realität.

Daraus resultiert:

„Gefährder-Listen“ sichern niemanden! Die pauschale Weitergabe von Daten macht psychisch erkrankte Menschen zu Bürgern zweiter Klasse. Beides ist unpraktikabel. Es erhöht aber die Stigmatisierung von bis zu einem Drittel der Bevölkerung. Es schreckt gerade die von Hilfe ab, die sie am dringendsten brauchen.

Notwendige Maßnahmen

- Das menschliche Grundrecht auf Wohnen für die wachsende Gruppe obdachloser psychisch erkrankter Menschen muss verwirklicht werden.
- Wir brauchen aufsuchende, nachgehende und ggf. intensive (Krankenhaus-)Behandlung sowie die verbindliche Kooperation aller Leistungserbringer einer Region mit regionaler Pflichtversorgung in Gemeindepsychiatrischen Verbünden.
- Zum Funktionieren eines auf langfristig psychisch erkrankte Menschen konzentrierten Verbundes gehört selbstverständlich auch eine verbindliche Kommunikation – im akuten Notfall auch mit Sicherheitskräften - aber nicht mit dem Ziel der Ausgrenzung und der Verschiebung von Verantwortung, sondern dem der gemeinsamen Zuständigkeit und einer damit verbundenen größeren Haltefähigkeit.

Eine Vielzahl der Psychisch-Kranken (Hilfe) Gesetze und einige aktuelle Psychiatriepläne weisen in diese Richtung. Wir brauchen politischen Elan, das umzusetzen, aber keinen Aktionismus, der vieles blockiert.

Die überwältigende Zahl der Teilnehmenden der Tagung (fünf Neinstimmen und 20 Enthaltungen) fordert die veranstaltenden Verbände sowie die zuständigen Ministerien der Bundesregierung und in den Bundesländern auf, in diesem Sinne tätig zu werden.